

Zulleitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 460.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Freitag, 1. Oktober 1909.

Belegpreis für Halle u. Vertheilung 20 Pf. durch die Post bezogen 30 Pf. für das Vierteljahr.
Die Zeitung erscheint wöchentlich außer an Feiertagen. Sonntags-
Ausgabe (Mittwoch). In Unterhaltungsbeilage (Sonntagsbeilage), Samstags-
Mittellungen.

Abgabegebühren für d. Postgebühren Postgebühren oder deren Raum f. Halle u. den Kreis
20 Pf., außerhalb des Postbezirks am Schluß des Rechnungsjahrs die Stelle 100 Pf.
Anzeigen-Statistik d. B. Vertheilung in Halle u. S. u. bei allen bekannten Anzeigen-
stellen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 138; Redaktions-Telephon 1372. Eing. Nr. 2544/1909.
Verleger: Dr. Walter Grieben in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Dönhofsplatz 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Der Kaiser und die braunschweigische Frage.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel über das Verhältnis des Kaisers zum Welfenhaus, in dem auf Grund der Begegnung zwischen dem Kaiser und dem Prinzen Ernst August die Vermuthung ausgesprochen wird, daß in den Absichten des Bundesrats eine Handlung dahin eingetreten sei, daß der Kaiser und demgemäß der Bundesrat dem Regierungsausschuß in Braunschweig zustimme, ohne daß der immer geforderte Verzicht auf Hannover ausgesprochen werde.

Es ist, so bemerkt hierzu treffend die „Post“, ein gewagter Schritt, wenn man aus der einen einzigen Tatsache, daß der Kaiser dem Prinzen bezüglich die Hand geschüttelt hat, folgern will, daß bei den maßgebenden Stellen eine Sinnesänderung bezüglich der welfischen Frage eingetreten sei. Die beiden Bundesratsbeschlüsse, durch die die Bedingungen für eine Kronbesteuerung des Welfentums festgelegt worden sind, betreffen nach wie vor, und niemand denkt daran, sie zu ändern. Die Begegnung zwischen dem Kaiser und dem Prinzen Ernst August in München ist kein Beweis dagegen. Es ist bekannt, daß der Kaiser die Mitglieder des Ausschusses des Herzogs von Cumberland, wo er mit ihm zusammentraf, stets mit ausgedehnter Ritterlichkeit und Höflichkeit behandelt hat. Die Großherzogin von Mecklenburg und die zukünftige Großherzogin von Baden und jetzt Prinz Ernst August haben aus dem Verhalten des Kaisers erkennen können, daß nicht persönliche Antipathien gegen den Herzog von Cumberland und seine Anverwandten, sondern die zwingende Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der geschlossenen Einheit des Deutschen Reiches das Motiv für die Gegenrichtung gegen die Kronbesteuerung des Herzogs oder seines Sohnes in Braunschweig ist, so lange nicht klipp und klar der Verzicht auf die Ansprüche auf Hannover ausgesprochen worden ist.

Wennfalls es ist ungerath, dem Kaiser aus seinem ritterlichen Benehmen gegen die einzelnen Mitglieder des genannten Ausschusses den Vorwurf falscher Sentimentalität zu machen, wie das von der „Reichs-Vossischen Zeitung“ geschehen ist. An der Beurteilung der braunschweigischen Frage durch den Bundesrat wird durch die welfische Begegnung nicht das Mindeste geändert.

Auch ein Zukunftschild.

Die Prophezeiungen über die in der nächsten Zukunft wünschenswerthe Parteigruppierung machen immer mehr den Eindruck eines unübersehbaren und unumkehrbaren Zukunftschildes. Statt abzuwarten, wie sich die Dinge nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages gestalten und entwickeln werden, legt ein Theil der bürgerlichen Kreise die Meinung fest, auf dem geduldeten Papier oder vor oft noch geduldeten Versammlungsbefehlern nach allerlei Sonderwünschen neue Parteikonstellationen zu schaffen und durch diese früh konstruirten Bund ein Strafgericht für andere Parteien vorzubereiten. Den Vogel in dieser Hinsicht hat aber schon Prof. Delbrück abgeschossen. Er schaut oder windigt ein Bündnis der Liberalen mit dem Zentrum, natürlich um die Konserverativen gründlich zu bedrängen und zu zerschlagen. Allen Ernst: Liberale und Zentrumsmänner will er zu einem Bund zusammenführen und gleichzeitig soll Herr von Bethmann-Sollweg Mut und Kraft eingebaut werden, damit er sich als Kompromissminister fülle, und der Kitt für dieses Bündnis der nicht Bedürfnisfähigen soll der Kampf um ein neues preussisches Wahlrecht sein. Wäre man nicht selbst nacheliegende Unhöflichkeit vermeiden, dann würde der Delbrück'sche Wad die Ueberdrift erhalten: Erziehung zur politischen Charakterlosigkeit. Es ist ja bekannt, daß die Liberalen in ihrer Stellung zur preussischen Wahlrechtsfrage selbst nicht einzig sind. Sie verlangen zwar in allen ihren Schattierungen eine Neu-einteilung der Wahlkreise, aber während der Freiheit ist die Uebertragung des Reichstagswahlrechts, das heißt, wollen die Nationalliberalen ein Muralwahlrecht schaffen. Das Zentrum wieder vertritt die Neueinteilung der Wahlkreise und windigt Ueber-einteilung des Wahlrechts im Reich und in allen Bundesstaaten, hat hier also mit den Liberalen nur ebenso viel und ebenso wenig Berührungspunkte wie mit der Rechten. Aber was sagt das Herr Prof. Delbrück an? Die Parteien des neu-gewünschten Bündnisses können sich ja näher rücken, indem sie sämtlich einen Teil ihrer seitherigen Ueberzeugung in der Richtung ändern. Zu der Tat nimmt Prof. Delbrück an, das Zentrum würde sich für ein Muralwahlrecht mit geheimer Zustimmung gewinnen lassen und als selbstverständlich erwidern, daß die Liberalen dafür ausnahmslos auf die Reichstagsneueinteilung verzichten und die Freiwillichen ein geringeres breites Welt gegeben, in dem sich die Parteien der politischen Charakterlosigkeit munter dorwärts bewegen können.

Es gehört Delbrück'sche Phantasie dazu, um ein solches Bündnis mit einer ernstlichen Miene zeichnen zu können. Was macht der Haß gegen die Konserverativen und

Marquier heute nicht möglich? Gewiß, Professor Delbrück ist nicht der Liberalismus. Aber Tatsache ist doch, daß liberale Mütter keinen Vorstoß bereits zur Grundfrage einer durchaus nicht überflüssigen Welpredung machen! Die Welt wird sonderbarer mit jedem Tag; man weiß nicht, was noch werden mag!

Der Zwischenfall in Garbin.

Die Petersburger Telegraphenagentur verbreitet nachfolgende, dem russischen Ministerium des Auswärtigen aus Garbin zugegangene Mitteilung über den dort vorgekommenen Zwischenfall:

Nach den Bestimmungen des Grenzbeizungsgerichts sowie der russischen Gesandtschaft in Berlin vom 8. August vor verschiedenen Berichtstücken die Summe von über dreitausend Rubel, als von der Brauereigesellschaft „Garbin“ abzurufen, ausgesprochen worden, auf Grund dessen der Gerichtsbeizungsamt Gerichtsbescheid zum Verkauf des Brauereieigentums schritt. Unterdessen hatte man in Rußland festgestellt, die Brauereigesellschaft sei keine juristische Person; die Gebührensatzung müsse daher jedem Teilhaber einzeln vorgelegt werden. Unter den Teilhabern befinden sich die deutschen Herren von Hütten und Wölsche, die gegen den Verkauf ihres Eigentums auf Verzicht des russischen Gerichts protestierten. Auf diesen Protest erwiderte das Bezirksgericht, es habe die Gesellschaft als juristische Person an, die den russischen Gerichten untersteht, weil der Vertrag der Gesellschaft von einem russischen Notar bezeugt worden sei und weil die Gesellschaft bisher stets auf Gebührensatzungen reagiert, selbst solche die den russischen Gerichten anhängig gemacht und dessen Entscheidungen sich als juristische Person unterworfen habe. Dabei wurde erklärt, die deutschen Teilhaber der Gesellschaft hätten volle Möglichkeit, Schadenersatz zu verlangen im Falle unrechtmäßiger Handlungsweise des Bezirksgerichts. Am 26. d. Mis. erschien der Gerichtsbeizungsamt an der Brauerei, deren Tor er geschlossen worden und über ihm die deutsche Flagge wehen. Dabei sei es sich gesungen, mit Hilfe der Polizei sich gewaltsam Eintritt zu verschaffen. Dabei wurden zwei russische Polizeibeamte von den im Hofe sich befindenden deutschen Untertanen geschlagen. Die Polizeibeamten zogen ihre Säbel und stellten die Ordnung wieder her, ohne jemand Schaden zuzufügen. Alsdann fand unbehindert der Verkauf der Brauerei bei den russischen Gerichten statt. Der während der Aktion eingetroffene deutsche Konsul erklärte, er habe Weisung erteilt, seinen Widerstand zu leisten. Die russische Obrigkeit erob Klage gegen die deutschen Untertanen wegen der der Polizei zugefügten Verletzung und händigte das darauf sich beziehende Protokoll dem russischen Konsul zu weiteren Verhandlungen an den deutschen Konsul ein. Dieser erklärte feierlichst Protest ein gegen die von der russischen Obrigkeit verübte Verletzung des Exterritorialrechtes deutscher Untertanen.

Deutsches Reich.

* Dem Kronprinzenpaare ein Sohn geboren! Wir erhalten bei Redaktionszufuhr folgendes Telegramm: Potsdam, 30. September, 10 Uhr 45 Min. Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin ist soeben glücklich entbunden worden, wie verläutet, von einem Prinzen. Amliche Auskunft ist noch nicht erfolgt. (Siehe auch „Letzte Telegramme“)

* Der Kaiser in Rominten. Se. Majestät der Kaiser hörte am Donnerstag die Vorträge des Staatssekretärs von Dierckx, des Heßes des Marineabtheilungs-Vizeadmirals von Wüller, des Schallenerwollers, der Korrespondenzsekretäre des Kaisers und des Geh. Oberregierungsrats Lehmann. Die genannten Herren waren auch zur Tafel befohlen. Gellern traf auch in Rominten der Landeshauptmann von Berg zu dem kaiserlichen Aufenthalt ein.

* Zum Tode des Ministers Grafen von Hohenthal. Dem verstorbenen früheren sächsischen Staatsminister Grafen von Hohenthal und Bergen widmet die halbamtliche „Nordb.-Allg. Ztg.“ folgende Worte:

Fast 21 Jahre, vom Mai 1885 bis März 1906 hatte der nun Eingekleidete als sächsischer Geheime- und Bevollmächtigter zum Bundesrat und in Berlin gewirkt, wo er das fruchtbarste und beste Andenken an seine erfrischende amtliche Wirksamkeit wie an seine persönlichen Tugenden hinterließ. Weiteren Kreisen wurde die hervorragende Stellung, die Graf Hohenthal sich in Berlin erworben hatte, besonders deutlich offenbar bei seinem Abschied aus der Reichshauptstadt. Hier waren er und seine Kinder geboren und Berlin galt ihm völlig als zweite Heimat. Hatte der große Kaiser Wilhelm nicht die Verberufung des Grafen Hohenthal als „ehr geehrt“ bezeichnet, so konnte dieser selbst die Worte freudigster Verehrung, die ihm der Reichsländerpräsident v. Hilow beim Scheiden widmete, mit dem Gefühl nicht erwidern, es sei ihm überaus schwer geworden, seinem heiligen Hofen Valet zu sagen. Mehrere Jahre vor ihm hatte Graf Hohenthal seine Vererbung zum leitenden sächsischen Minister durch den Hinweis abgelehnt, er vermöge dem engeren Vaterland in der bisherigen Stellung bessere Dienste zu leisten. Wohl aber war er dem Ruf seines Königs gefolgt, und nun vermisst Berlin mit Wehmut die Kunde von dem Tode des zu arbeitsfreudigen und überall beliebten Staatsmannes, dessen Andenken in hohen Ehren bleiben wird.

* Stapellauf des „Erfst Obendurg“. Am Donnerstag nachmittag 1 Uhr ist auf der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshafen in Gegenwart einer großen Versammlung der Stapellauf des Sineschiffes „Erfst Obendurg“ vor sich gegangen. Erschienen waren die dort anwesenden Admirale, der Oberpräsident von Hannover, v. Wenzel, die Fürstin zu Inn- und Knipshausen, D. Hübner und Kommandeur der Garnison, Abordnungen der Marine, Arbeiter, Arbeiterinnen und Schulen. Vor der Tauf-

fanzel stand eine Ehrenkomme vom 2. Seebataillon mit Fahnen und Musik. Nach der Begrüßung der Festgäste durch den stellvertretenden Stationschef Konteradmiral Schröder geleitete der Oberverpflichtete die Ehrenkomme zur Taufanzel. Dort hielt Oberpräsident von Wenzel die Taufrede. Hierauf ergriß die Fürstin zu Inn- und Knipshausen die berechtigte Platte Rheingold und taufte das Schiff auf den Namen „N. H. Friesland“. Bald danach glitt das befrangte Schiff unter tausendfährigen Hurra und den Klängen der Nationalhymne ins Wasser.

Ausland.

Ungarn. Der ungarische Ministerpräsident Dr. Weyerle wurde am Donnerstag vom Kaiser in einfindiger Audienz empfangen. Eine Entscheidung ist nicht erfolgt. Sie ist erst in nächster Woche zu erwarten.

Frankreich. Der Ministerpräsident am 29. September mehrere wichtige Ernennungen in der Marine. Vier Generalinspektoren wurden ernannt: Admiral Caillard für die Geschwader, Admiral Marquis für das Material, Admiral Philibert für die unterseeische Verteidigung und Admiral Germinet für die Schulen. Die letztere Ernennung erregt Aufsehen, weil Admiral Germinet erst vor neun Monaten von dem damaligen Marineminister Ricard seines Postens entbunden wurde. Zum Hafenpräsidenten von Toulon wurde Admiral Jauréguierry ernannt. Die Marineinfanterie in den marokkanischen Geschäften wurde dem Kapitän Senez zugeteilt. — Der Ministerpräsident hat am Mittwoch nachmittag eine zweite Sitzung ab und beschloß, dem Parlament sofort eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die großen Handelsstädte Frankreichs nach englischen und deutschen Muster eine gewisse Autonomie erhalten sollen. Für das neue Staatsbahngesetz, das nun auch die ehemalige Westbahn umfaßt, soll möglichst bald eine einheitliche Feststellung der Geschäfte vorgenommen werden. — Die im Auslande schon lange eingeführte Erhöhung des einfacheren Viefgehwichts von 15 auf 20 Gramm soll bereits durch das nächste Budget verwirklicht werden. Dasselbe soll dann freilich der Tarif für Geschäftspapiere erhöht werden. Ueber die Folgen, die aus dem neuen amerikanischen Zolltarif zu ziehen sind, kam noch kein Bescheid des Ministerrats zustande. Mit Portugal sollen die Verhandlungen wegen eines neuen Handelsvertrags fortgesetzt werden.

Frankreich und Marokko. Die Wittermeldung, daß der französische Gesandte in Tanger seiner Regierung den Vorschlag gemacht habe, die Zollentnahmen mit Verzicht zu belegen, um die Opfer der Beamten des Nachhins aus diesen Gebieten zu entschädigen, wird amtlich dementiert.

Spanien und Marokko. Die spanische Regierung wird vom Sultan von Marokko die Ersetzung aller Rollen sowie die Entschädigung aller spanischen Untertanen, die durch den Selbstmord Schaden erlitten haben, fordern. Die Summe, um die es sich handelt, dürfte nicht weniger als hundert Millionen betragen. Da der Sultan niemals in der Lage sein wird, eine so hohe Summe aufzubringen, so wird die Befreiung des Rifgebietes wohl Jahre lang aufrecht erhalten bleiben.

Perth. Nach einer Meldung aus Perth haben am 30. September die Bahnen von einigen Westindischen Inseln untergefallen. Unter den Geschädigten befindet sich der auf den deutschen Gesandtschaft angestellte König Wilh.

Großbritannien. Wie wir aus London erfahren, teilte Generalpostminister Burton im Unterhause mit, daß mit der Marconi-Gesellschaft ein Uebereinkommen abgeschlossen sei, wonach alle Stationen der Gesellschaft in den Besitz des englischen Reichspostamtes übergehen. Alle Stationen werden der Internationalen Radiotelegraphischen Konvention entsprechend für alle Schiffe geöffnet sein, gleichviel mit welchem System diese ausgerüstet sind. Die Marconi-Gesellschaft behält die Stationen allein für ihre auf weite Entfernungen berechneten Stationen Hobbs in Cornwallis und Gliden in Irland, die ursprünglich für den Nachrichtenverkehr mit America bestimmt waren. Ein gleiches Abkommen sei auch mit Lloyd's Shipping Agency für deren drahtlose Stationen auf demselben geschlossen. Es liege dem handelspolitischen und vom strategischen Gesichtspunkte im öffentlichen Interesse, daß die Stationen für die Verbindung mit Schiffen in Händen der Regierung seien und als ein Teil des allgemeinen englischen Telegraphensystems behandelt würden.

Der Heidelberger Bundestag.

Die Heidelberger Fahrt, mit der die Mannheimer Generalversammlung des Evangelischen Bundes ihren Abschluß fand, gab Gelegenheit zu einer stimmungsvollen Feier auf dem Hof des Heidelberger Schlosses. Prof. Dr. Niebergall-Heidelberg hielt die Begrüßungsrede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Die Menschen haben genug geredet. Nun sollen die Steine reden, die Schöpferinnen, die eine starke Stimme haben. Im Othelrich, dem Schatzlager bei Rheine, dem Schöpfer des Othelrichsbundes, haben sich die beiden Bewegungen vereinigt, auf denen

